

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Witzmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Klumborn, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Witzmann & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Nr. 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1918, für den Verlag und die Druckerei 901. — Heftungspreis: 10 Pf. pro Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Buchhandlungen 2,25 Mk. monatlich ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigenpreis: die Tagesblätter 20 Pf., die Sonntagsblätter 30 Pf., im Restamt 10 Pf. — Druckkosten: Nr. 5258. — Einmaliger Abdruck kann vereinbart werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 16. Magdeburg, Sonnabend den 20. Januar 1917. 28. Jahrgang.

Englische Stimmungsmache.

Der englische Minister des Auswärtigen, Balfour, hat am 16. Januar dem englischen Botschafter in Washington ein Erklärungsschreiben zur Ablehnungsnote des Zehnverbundes übermittelt, zu dem öffentlichen Zwecke, den ungenügenden Eindruck abzuschwächen, den die Ablehnung des deutschen Friedensangebots und seine Verantwortung mit einem brutalen Eroberungsprogramm in der Welt der Neutralen gemacht hat. Den Hauptinhalt von Balfours Schreiben bildet die bereits in allen Tonarten abgehandelte Behauptung, daß

Deutschland die kriegstreibende Kraft in Europa sei und daß darum nur durch dessen Bestiegung ein dauernder Frieden hergestellt werden könnte. Zum Zwecke dieser Behauptung zieht Balfour nicht nur die Tatsachen unmittelbar vor Kriegsausbruch in der bekannten Darstellung der Entente heran, sondern er greift auf frühere Zeiten zurück, um auszuführen, daß die Geschichtsschreiber und Philosophen Deutschlands die Herrlichkeit des Krieges und als wahres Ziel des Staates die Macht priesen. Das gibt uns vielleicht das Recht, gleichfalls in vergangene Zeiten zurückzuschweifen.

Gerade sechs Jahre sind es her, als in England bei den Wahlen im Unterhaus die liberale und konservative Partei miteinander um die Herrschaft kämpften. Die Wahlparole der Konservativen war Kampfbereitschaft gegen Deutschland, und ein konservativer Staatsmann hielt eine Rede, in der er den Krieg mit Deutschland als unvermeidlich und nahe bevorstehend ankündigte. Dem trat ein liberaler Staatsmann mit der größten Entschiedenheit entgegen, er bezeichnete in einer Rede, die er in dem Londoner Vorort Peckham hielt, die Rede jenes Konservativen als eine müßige Kriegshetze und sagte, durch diese Rede allein schon sei bewiesen, daß die Konservativen nicht daran dächten, bei diesen Wahlen zur Herrschaft gelangen zu können. Denn eine Partei, die Verantwortung trage, oder sich darauf vorbereite, sie zu übernehmen, könne eine so

verantwortungslose Haltung nicht einnehmen.

Der Redner, der die Kriegssrede gegen Deutschland hielt, war Balfour, jetzt Minister des Auswärtigen im Kabinett Lloyd George. Und der liberale Redner, der ihm in Peckham entgegentrat, war — Lloyd George. Diese kleine Erinnerung sollte genügen, um der Welt zu zeigen, daß man die Politik eines Staates nicht für alles verantwortlich machen darf, was seine „Geschichtsschreiber und Philosophen“ geschrieben und geredet haben. Wollten wir uns der gleichen Beweisführung bedienen wie Balfour, so könnten wir sagen, daß durch seine Rede vom Januar 1916 der Beweis des Angriffswillens Englands gegen Deutschland ohne weiteres gegeben sei. Wir wollen es aber lieber mit dem Lloyd George von 1916 halten und meinen, daß eben in jedem Lande vor dem Kriege manches verantwortungslose Zeug geredet und geschrieben worden ist, woran man heute nicht gern erinnert sein möchte.

Balfour meint nun, daß zur Herstellung eines dauernden Friedens die

Erfüllung dreier Bedingungen

notwendig sei. Nämlich:

1. daß die bisherigen Ursachen der internationalen Friedensstörung soweit wie möglich beseitigt und geschwächt werden,
2. daß die Völker der Mittelmächte ihrer rohen Methoden selbst müde werden,
3. daß hinter allen Friedensbestimmungen zur Verhütung von Feindseligkeiten eine internationale Sanktion in irgendeiner Form stehen muß, die den schlimmsten Angreifer zwingen würde, von seinen Plänen Abstand zu nehmen.

Greifen wir zunächst Punkt 2 heraus. Ein dauernder Friede ist danach erst zu erwarten, wenn die Völker der Mittelmächte „ihrer rohen Methoden müde geworden“ sind. Ja, fragt man eräunnt, sind sie es denn nicht? Hat der englische Minister des Auswärtigen nichts davon erfahren, daß die Völker der Mittelmächte der ganzen „rohen Methode“ so rasch wie möglich ein Ende setzen wollen und daß es die andern sind, die auf der weiteren Anwendung der „rohen Methode“ beharren?

So ist Punkt 2 durch das deutsche Friedensangebot von selbst gegenstandslos geworden. Punkt 3 aber jetzt keines-

wegs die völlige Niederwerfung der Mittelmächte voraus. Eine überstaatliche Organisation zur Wahrung des Weltfriedens, die alle ihre Mitglieder verpflichtet, gegen einen Friedensbrecher die Waffen zu ergreifen, ist nur denkbar wenn der Krieg

in keinem Lande Revanchestimmungen

zurückläßt. Ein niedergeworfenes, wichtiger Landesteile beraubtes Deutschland, ein halbzertrümmertes und zerstückeltes Osteuropa würden sich mit allen Kräften weigern, einem solchen Bunde beizutreten, der dann nur die Befestigung ihrer dauernden Ohnmacht bedeuten würde. So bleibt eigentlich nur Punkt 1: die bisherigen Ursachen der internationalen Friedensstörung sollen soweit wie möglich beseitigt und geschwächt werden. Die Ursache der Friedensstörung ist nun aber nach Balfour das Deutsche Reich in seiner gegenwärtigen Gestalt. Angriffswillen und Eroberungslust gegen dieses Deutsche Reich, wie sie in der Zehnverbandsnote mit kaum erwarteter Deutlichkeit zutage treten, sollen für das pazifistisch gesinnte amerikanische Volk zum Anstoß eines wahren Friedenswillens umgedeutet werden. Das ist der eigentliche Zweck von Balfours Erklärungsschreiben.

Ueber diesen Zweck hinaus kann es aber allerdings auch noch eine andre unbeabsichtigte Wirkung haben, nämlich die, daß man in den neutralen Ländern, besonders in Amerika, die Friedensdiskussion mit verstärkter Gewalt wieder aufnimmt, und daß man sich dort fragt, ob das Ziel eines dauernden gesicherten Friedens wirklich erst dann erreicht ist, wenn

Europa in einen ungeheuern Friedhof verwandelt

wird. Man wird darauf hinweisen, daß von Balfours drei Bedingungen die zweite erfüllt ist, die dritte jederzeit erfüllt werden kann und daß damit die erste gegenstandslos gemacht wird. Für den amerikanischen Präsidenten ergäbe sich jetzt aber erst recht die Gelegenheit, dem Zehnverband deutlich zu machen, daß das Ziel des dauernden Friedens nicht auf den Trümmern des Deutschen Reiches erreicht werden kann. —

Zivildienst und Arbeitsrecht.

Im Kriege fordert der Staat von allen seinen Gliedern in seinem und damit im Interesse aller den Einsatz der besten Kraft, des höchsten Grades des Einzelnen, der Gesundheit und des Lebens. Durch seinen brutalen Verlauf gerichtet der Krieg bei der Einberufung des Einzelnen zur Erfüllung der Wehrpflicht die bestehenden Arbeitsverträge, wenn er auch nicht alle Nebenwirkungen dieser Verträge in jedem Einzelfall beseitigt. Über der Krieg ließ doch an sich die Arbeitsverträge der Zurückgebliebenen in Kraft. Nur zwingt er den Staat zu Maßnahmen bisher ganz unerhörter Art, zu revolutionären Eingriffen in das nationale Wirtschaftsleben, um die Arbeitskraft, das persönliche Gut des Arbeitenden, für seinen zugehörigen freizustellen, sie im Interesse der Landesverteidigung dort abzurufen zu können, wo es gerade erforderlich ist. Auch hier werden nicht alle Nebenwirkungen der durch diesen Eingriff gelösten Verträge beseitigt.

Der Staat stellt die Träger der Ware Arbeitskraft in Verhältnisse hinein, die oft ganz verschieden sind von denen, unter denen sie bisher gestanden haben. Nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in rechtlicher Beziehung. Logischer, soweit es sich um höhere Arbeit handelt. Der Staat tut es auch nicht aus Willkür; es ist das eine gar nicht gewollte Wirkung des geltenden Rechts, das durch das Wehrdienstgesetz natürlich nicht in allen Einzelfällen hat umgekehrt werden können.

Nehmen wir die Aufforderungen des Krieges zum freiwilligen Meldungs für den Zivildienst. Es werden männliche und zum Teil auch weibliche Kräfte für die verschiedensten Tätigkeiten verlangt. Die Entlohnung soll vorläufig erfolgen auf Grund freier Arbeitsverträge. Wie sind die Rechtsverhältnisse?

„Die Versicherungsbedingungen und die rechtliche Stellung regeln sich bis zum Erlaß endgültiger Bestimmungen entsprechend diesem Arbeitsverhältnis.“ heißt es in dem ersten Aufruf. Unter

den Versicherungsbedingungen sind die Versicherungsverhältnisse auf Grund der reichsgesetzlichen Arbeitsverpflichtung gemeint. Wie gestalten sich diese nun bei der im ersten Aufruf er genannten Tätigkeit, für welche Personen verlangt werden, beim militärischen Sicherheitsdienst. Die Kranken- und Invalidenversicherungspflicht der Personen ist zweifellos gegeben. Daß die Tätigkeit der den Sicherheitsdienst versehenen Personen den Vollzug polizeilicher öffentlicher Gewalt darstellt, ändert an dieser Tatsache nichts. Sie ist auch eine wirtschaftliche Tätigkeit; die Vergütung für diese Tätigkeit ist nicht anders als das den Leistungen entsprechende Entgelt und das Beschäftigungsverhältnis der betreffenden Personen nicht anders als der freie wirtschaftliche Austausch von Arbeit und Lohn, anders ist es, soweit es sich um eine ehrenamtliche, unentgeltliche Tätigkeit handelt, wie sie ebenfalls möglich ist. Die unentgeltliche Beschäftigung begründet gemäß § 165 Abs. 2, 1226 Abs. 2 keine Versicherungsansprüche.

Andererseits ist es auch mit der Unfallversicherungspflicht. Sie ist im allgemeinen nicht gegeben. Zwar unterliegen die Betriebe der Marine und Heeresverwaltung der Unfallversicherung, und beim militärischen Sicherheitsdienst handelt es sich auch um eine im Heeresbetrieb erfolgende Tätigkeit, doch ist nicht der Heeresbetrieb an sich, sondern nur die rechtlichen Betriebe des Heeres sind versicherungspflichtig, soweit er sich nicht auf die Bewachung versicherter technischer Betriebe erstreckt. Dann würde sie unter Meinung noch gegeben sein. Also zum Beispiel bei der Bewachung von an sich versicherten Heeresbetrieben. Aber auch bei Bewachung privater Betriebe, die für den Heeresbedarf tätig sind und deshalb bewacht werden. Wir würden auch den Beschäftigten § 1 für Unfallversicherungspflichtig halten, obwohl er in Kriegzeiten der Heeresverwaltung obliegt. Der Betrieb der Bahnen ist grundsätzlich versicherung-

pflichtig. Zum Betrieb der Bahnen gehört der Schatz der Bahnanlagen. Werden zu diesem freie Arbeiter herangezogen, so unterliegen sie damit auch dem Schutze der Versicherung.

Also Zweifelsfragen der versicherungspflicht gegeben sein. Das andre Mal nicht. Daß dieses ein unhaltbarer Zustand ist, bedarf keiner weiteren Ausführung. Wir müssen daher in Anlehnung an einen schon bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gestellten Antrag die grundsätzliche Versicherung der im öffentlichen „baterländischen“ Dienste stehenden Personen gegen die bei Ausübung dieser Dienste drohenden Unfälle und sonstigen Gefahren fordern.

Durchweg sind die versicherungsrechtlichen Verhältnisse genau so, wie sie eben geschildert wurden, bei all den anderen Tätigkeiten, für die die Aufrufe Hilfskräfte fordern. Das gilt auch in den Fällen, wo die Hilfsdienstpflichtigen, die nach dem am 2. Januar in der Tagespresse veröffentlichten zweiten Aufruf des Krieges zum Heeresdienst, in den Etappen und Kriegsgeschichten zum Heeresgefolge rechnen und den Kriegsgesetzen unterstehen. Die Hilfsdienstpflichtigen werden dadurch nicht zu Soldaten. Das ist bezüglich der Armierungsarbeiter schon vom Reichsmilitärgericht ausgesprochen (Entscheidung der Militärgerichte Band 19, Seite 112) und bezüglich der Invalidenversicherungspflicht dieser Personengruppe vom Reichsversicherungsamt (Amtliche Nachr. d. R. V. A. 1916, Seite 438).

Rechtlich zeigt sich die Inkonsequenz des eigentlichen Arbeitsrechts. Für alle die im Aufruf erwähnten Tätigkeiten bildet das Dienstvertragsrecht des bürgerlichen Gesetzbuchs die Grundlage der rechtlichen Beurteilung, nicht das der Reichsgesetz der zu diesen Tätigkeiten kommenden Personen geltende Recht der Gewerbeordnung oder des Handelsgesetzbuchs. Das bewirkt, wenn nicht über die Dauer des Dienstvertrags im An-

Hohe Politik im Landtag.

Am Donnerstag kamen im Preussischen Abgeordnetenhaus die ersten Staatsredner der großen Parteien zu Worte. Zum Etat selbst wurde, wie üblich, recht wenig, so gut wie gar nichts, gesagt, die Debatte bewegte sich vielmehr auf dem Gebiete der hohen Politik. Nachdem die ablehnende Note der Entente auf Deutschlands Friedensangebot auch dem Mindesten über die wirkliche Absicht unserer Feinde die Augen geöffnet habe, müsse die deutsche Heeresleitung alle Machtmittel anwenden, über die sie verfügt — dieser Gedanke kam bei allen Rednern zum Ausdruck. Aber der Zeitpunkt, in welchem wieder zu einem überhöhten U-Boot-Krieg zu greifen sei, müsse von der Obersten Heeresleitung festgelegt werden. Der Abg. Bachnick nannte die Note das törichteste diplomatische Dokument seit langer Zeit, zugleich aber auch das tollste mit seiner nackten Enthüllung der feindlichen Eroberungspläne.

Von Fragen der innern Politik beschäftigte man sich vor allem mit dem preussischen Wahlrecht. Der Redner der Konservativen, der den Reigen der Redner eröffnete, Abgeordneter Seydewitz, lehnte es ab, sich mit innern Fragen überhaupt zu befassen, das würde die Einigkeit fördern und zu starken Erregungen führen. Bemerkenswert war in seiner recht maßvoll gehaltenen Rede der Appell, den er an die ländliche Bevölkerung richtete, die keineswegs bereits überall zum Bewußtsein der Not dieser schweren Zeit gelangt sei.

Der Zentrumredner, der Abg. Herold, folgte der Mahnung Seydewitzs und erwähnte das Wahlrecht nicht, aber schon der freikonservative Redner von Kardorff sprach ein Mitarbeiter seiner Freunde an der Reform des Wahlrechts, wenn er auch keineswegs ein allgemeines, gleiches, geheimes Wahlrecht nach dem Muster des Reichstagswahlrechts wünscht. Ihm schwebt vielmehr ein Pluralwahlrecht vor, und als Schutz gegen die Erweiterung des Wahlrechts sogar eine Stärkung des Herrenhauses! Der stellvertretende Ministerpräsident, der preussische Eisenbahnminister von Breitenbach, ließ sich über die Absichten der Regierung zum Wahlrecht nicht näher aus. Wann eine Vorlage eingebracht wird und wie sie aussehen wird, war aus seinen Worten in keiner Weise zu entnehmen. Der nationalliberale Redner Dr. Friedberg nahm entschieden gegen „das veraltete Klassenwahlrecht, mit dem nichts anzufangen sei“, Stellung. Aber wir wissen ja, daß auch die Nationalliberalen keineswegs für ein gleiches Wahlrecht eintreten. Ihr Ideal ist vielmehr ein Pluralwahlrecht.

Mit Entschiedenheit trat nur der freisinnige Abgeordnete Dr. Bachnick für das Reichstagswahlrecht ein, sowie für eine gründliche Demokratisierung unseres gesamten Staatslebens. Kräftige Worte fand er auch gegen die Einbringung des neuen Fideikommissgesetzes, das statt der so notwendigen Erweiterung der Anbaufläche in unserm Lande auf dem Wege der innern Kolonisation eine weitere Verengung des Bodens durch Bindung bringt.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt; dann kommt zuerst der Rede und hierauf der sozialdemokratische Redner zu Worte.

Notizen.

Keine Friedenssicht mehr! Dem Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ zufolge meldet der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“, daß Staatssekretär Zimmerman eine Unterredung mit einem Berichterstatter des Associated Press hatte, in der er sagte, daß die Antwort der Entente es Deutschland unmöglich mache, weitere Schritte zur Erreichung eines Friedens zu tun.

Bundesratsbeschlüsse. In seiner Sitzung am Donnerstag hat der Bundesrat beschlossen, dem vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes betreffend Auskunftsverordnungen über Kriegsvorrichtungen die Zustimmung nicht zu erteilen. Statt dessen hat der Bundesrat eine Verordnung über die Befreiung von Zuwanderungsbeschränkungen gegen Vertriebenen über wirtschaftliche Maßnahmen erlassen, wonach bei Zuwanderungen gegen Vertriebenen, die auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes erlassen sind oder nach Ergehen der Einwand des unverschuldeten Vertriebenen über das Verbleiben oder die Anwendbarkeit der erwähnten Verordnung zugelassen wird.

Die Lage des Zeitungswesens. Die neue Preisliste des Kaiserlichen Verlagswesens enthält eine 32 Seiten starke Preisliste, in welcher die Leistungen aufgeführt werden, die während des Krieges zu erwarten sind. Die Preise sind im allgemeinen um 50 bis 100 Prozent erhöht. Da in Deutschland der Ausbruch des Krieges rund 15 000 Zeitungen und Verlegerunternehmen hat, so haben während des Krieges etwa 12 Prozent der Verleger einfallen müssen.

Wie die Viehhandelsverbände des Reichs verfahren. Das Landesviehwesen in Berlin unter dem Vorsitz des Präsidenten im Opfern Anfang Januar 1917 wurde demnach zur Unterbrechung aufgehoben. Die Kammer rief die Schlachtbefugnisse zurück, die dem Viehhandel, dem Viehbesitz und der Mastzucht wurden angeschlossen, die Verbindung mit dem schlesischen Viehhandelsverband in Breslau vorzunehmen. Als dessen Rechnungen erschienen, kam eine vom Viehwirtschaftsverband erlassene Beschlusse, die die Produktion, die der Verband für sich in Anspruch nimmt, monatlich bei etwa 20 000 Mark betrug. Der Schweinebesitzer Antonius hat, davon allein 7500 Mark aufbringen. Da davon 22 Stück Gemüsel kamen, so bedeutet das eine Erlösaufnahme von fast 10 Mark für ein Stück. Das Fleischgewicht der Gemüsel war im Durchschnitt rund 50 Pfund, so daß sich durch die Produktionsforderung des schlesischen Viehhandelsverbandes der Preis des Gemüselfleisches um 20 Pfg. das Pfund erhöhte. Dabei ist zu beachten, daß die ganze Wirtschaft des Viehhandelsverbandes in dieser Hinsicht lediglich in der Bezahlung der Gemüselhandlung bestand. Denn diese war von der Heereskammerstelle in Stuttgart direkt nach Oberhessen abgekauft worden. Die von dieser Heereskammer erhaltenen Magazineten waren zum Teil bereits energetisch bereit.

Ausfuhrsteuer auf argentinischen Weizen. Die schon angekündigte Ausfuhrsteuer auf argentinischen Weizen ist auf 40 Centabos (1,70 Mark) pro 100 Kilogramm festgesetzt worden. Ueber die Frage eines allgemeinen Ausfuhrverbots ist noch kein Beschluß gefaßt, da man das Resultat abwarten will, das sich nach dem Ergehen des Weizens ergeben wird. Die Ernteberichte aus dem südlichen Teil Argentiniens lauten so, daß die Weizen- und Haferernte schlechter ist, als man erwartet hatte. Aus andern Teilen des Landes liegen günstigere Berichte vor. Was die Maisernte anbetrifft, so sind die Berichte aus Nordargentinien unbefriedigend. Wenn die Trockenheit andauert, erwartet man großen Schaden.

Russische Sonderfriedensangebote an Bulgarien und die Türkei? Laut dem Moskauer „Nowo Rossija“ hat die russische Regierung Bulgarien zu verstehen gegeben, Rußland wäre bereit, Bulgarien Gebietszugehörigkeiten in Mazedonien und der Dobrudscha im Fall eines Sonderfriedens mit dem Biederband zu gewähren. Bisher seien aber alle Versuche in dieser Richtung erfolglos gewesen. Auch gegenüber der Türkei sollen von der russischen Regierung ähnliche Versuche unternommen werden.

Sazonow Vorkämpfer in London. Reuters meldet aus Petersburg, daß Sazonow als Nachfolger des verstorbenen Bendorff zum russischen Vorkämpfer in London ernannt worden ist. Es war das Bestreben der englischen Regierung in Petersburg, dem englandfreundlichen Sazonow wieder zu einem Wirkungskreis zu verhelfen, in dem er Entscheidungen treffen kann. Nun ist seine Stimme zu einer beratenden geworden, und man wird in England die Frage aufwerfen, ob Sazonow nicht gerade deshalb nach London geschickt worden ist, weil man den auf seine Rückkehr ins Ministerium des Neupern gerichteten Umtrieben des englischen Vorkämpfers Buchanan ein Ende bereiten wollte.

Eine sozialistische Stimme vom Balkan. Die bulgarische Presse bespricht mit Ruhe und Vertrauen die Antwort des Biederbandes auf die Note Wilsons und weist auf die darin zutage tretende Widersprüche mit der Wahrheit und der Wirklichkeit der Tatsachen hin. Das Organ der Sozialisten „Narod“ fragt, warum Frankreich das Recht haben soll, Kriegsvorhaben zurückzuführen, während es gleichzeitig die bulgarische Nation der Rache der Serben und Rumänen überantwortet, in deren Gebietsbestand es so große rein bulgarische Gebiete, namentlich Mazedonien und die Dobrudscha, einverleiben will. Zudem, sagt das Blatt, wird die Antwort in vielen Millionen Seelen den glühenden Wunsch nach Frieden nicht erlösen, der angesichts der großen Prüfungen, von denen die Menschheit jetzt heimgekehrt wird, nicht lange auf sich warten lassen können. Vor die Wahl gestellt, von ihren Angehörigen eine Herabsetzung der in den verschiedenen Heeresintentionen vorgesehenen Bedingungen zu veranlassen und einen eine Erhaltung im Schoße der Neutralität zu wagen oder den Krieg auf die Gefahr fortzusetzen, sich selbst neuen Niederlagen auszuliefern, hat sich der Biederband für das zweite entschieden. Wenn es ihm gelingt, einige Erfolge zu erzielen, so wird das Gewicht der zu machenden Zugeständnisse vermindert werden; wenn es dagegen neue Mißerfolge erleidet, wird der Widerstand vieler seiner Mitarbeiter sichtbar erschüttert werden.

Wiederum Ministerwechsel in Rußland. General Belsajew, ehemaliger Gehilfe des Kriegsministers und Chef des Generalstabs, ist zum Kriegsminister ernannt worden an Stelle des Generals Schuwajew, der zum Reichsratsmitglied ernannt worden ist. Der Rücktritt des Gehilfen des Ministers des Innern, Fürsten Wolkonski, ehemaligen Vizepräsidenten der Duma, ist bewilligt worden. Die Gründe für diesen neuerlichen Ministerwechsel sind schwer erkennbar. Daß aber die fortgeschrittene Umgestaltung des Kabinetts tieferliegende Ursachen hat, ist unleugbar.

Annahme von Kriegsbeschädigten in Norwegen. Die „Politiken“ aus Christiania berichtet, in nun auch die Heberführung deutscher, österreichischer und russischer Kriegsbeschädigter nach Norwegen gestattet. Da England und Frankreich das norwegische Angebot abgelehnt haben, werden, wie in Dänemark, nur deutsche, österreichische und russische Kriegsbeschädigte in Norwegen aufgenommen. Ihre Gesamtzahl wird 2000 nicht übersteigen.

Der französische Munitionsarbeiterstreik. Havas meldet aus Paris: Der Ministerrat beschloß heute mit dem Zweck in den Händen für Kriegsmaterial und jagte zwei wichtige Beschlüsse, um Ausländern in Zukunft vorzubeugen. Ein erster Punkt wurde ein Mindestlohn für Paris und das Seine-Departement festgesetzt. Bei der Aufstellung dieses Tarifs ist den hohen Kosten des Lebensunterhalts Rechnung getragen worden. Er wird auch für andere Teile Frankreichs erweitert werden. Ferner wurde eine schiedsrichterliche Entscheidung für die Munitionswerkstätten für den Fall, daß ein freies Schlichtungsgericht weitergeht, obligatorisch gemacht.

30 000 Kulis für England. Wie die „Morning News“ meldet, wurden unter Aufsicht der britischen Oberbehörde im Verlauf dieser Tage 30 000 chinesische Arbeiter für England angeworben. Ferner wird berichtet: Da China die Umwandlung von chinesischen Arbeitern von Rußland nach England hat, werden gegenwärtig von russischen Behörden in Tokio mit Japan Verhandlungen über die Anwerbung von Arbeitern in Korea geführt. Für Sibirien allein sollen bisher 20 000 Koreaner angeworben worden sein.

Chinesische Kulis auch in Frankreich. Ein wichtiger Mitarbeiter des „New Statesman“ schreibt, in französischer Zeitschrift seien jetzt 5000 chinesische Arbeiter tätig. Die Arbeitsverträge, die auf 5 Jahre lauten, können jedoch nach Ablauf des Jahres für ungültig erklärt werden. Die Chinesen haben das Recht, nach Ablauf des Vertrags in Frankreich oder in den französischen Kolonien zu bleiben. Weitere 20 000 Chinesen werden folgen. Nach dem „South Seasman Journal“ ist zur Arbeit in den Munitionsfabriken des Seinedepartements ungenügend wieder ein größerer Transport von Chinesen ausgestellt worden. Auf Verlangen der französischen Regierung sind ferner fünf Bataillone schwarze Südafrikaner, jedes zu 2000 Mann, zur Hafenarbeit herangezogen worden. Sie stehen unter Militärdisziplin und sind in abgeschlossenen Lagern untergebracht, damit sie mit der übrigen Bevölkerung nicht in Verbindung kommen können.

Norwegische Befürchtungen. Bei dem Festsetzen für das neu zusammengetretene norwegische Gewerkschaftsrecht der König Sazonow. Ohne Heberführung kann man sagen, daß die erste Zeit uns noch bevorsteht. Obwohl die verantwortlichen Männer sich ehrlich bestreben, strenge Neutralität zu beobachten, scheint es, als ob die Forderungen, die an diese gestellt werden, immer weiter steigen, was die Lage erschwert. Aber ich will die innige Hoffnung aussprechen, daß es gelingen möge, das Land auch fernab von außerhalb der Schreden des Krieges zu halten. Denn für alle ihrer Verantwortung bekräftigt sind.

Der Segen der Zeitung. „Es ist mir zu begreifen“, schreibt „Credo“ in der Pariser „Victoire“, daß die Zeitung auch die Zeitungen hinter der Front Mores lehr. Nun wird man ja sehen, ob die Patriotenbände sich ein Herz nehmen oder ob sie bloß schöne Worte wiederkauen.

Ueberall abgeflaut.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 19. Januar 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsre Patrouillen führten an mehreren Stellen erfolgreiche Unternehmungen durch.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern. Die in den letzten Tagen regere Gefechtsaktivität flaut wieder ab.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Nördlich des Sufitatal in der Gegend von Marast scheiterten gegen unsre Höhenstellungen unternommene Angriffe unter schweren Verlusten für den Feind.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Der Fortschritt einer englischen Kompanie gegen Seres wurde leicht abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Opfer der zweiten „Möwe“

Eine Atlantik-Prise in Gwinemünde.

W. L. B. Berlin, 19. Januar 1917. (Amtlich.) Am 31. Dezember 1916 ist der englische Dampfer „Harrowdale“ (4600 B.-R.-T.) als Prise in den Hafen von Gwinemünde eingebracht worden. Der Dampfer hatte ein deutsches Priisentomando in Stärke von 16 Mann und 469 Gefangene, nämlich die Besatzung von einem norwegischen und sieben englischen Schiffen an Bord, die von einem untrer Hilfskreuzer im Atlantischen Ozean aufgebracht waren.

Die Ladung der aufgeführten Schiffe bestand vorwiegend aus Kriegsmaterial, das von Amerika kam und für unsre Feinde bestimmt war, und aus Lebensmitteln, darunter 6000 Tonnen Weizen, 2000 Tonnen Mehl, ferner aus 1900 Pferden. Der eingebrachte Dampfer „Harrowdale“ hatte 117 Lastautomobile, 21 Personenautomobile, 6300 Reifen Gewehrpatronen, 30 000 Rollen Stacheldraht, 3300 Tonnen Stahl in Knäueln, außerdem viel Fleisch, Speck und Wurst an Bord.

Von den verenkten Dampfern waren drei englische bewaffnet.

Unter den Besatzungen der aufgeführten Schiffe befinden sich insgesamt 105 Angehörige neutraler Staaten, die ebenso wie die feindlichen Staatsangehörigen in Kriegsgefangenschaft abgeführt sind, soweit sie auf den bewaffneten feindlichen Dampfern Feuer genommen hatten. Führer des Priisentomandos war der Offizierstellvertreter Radewitz.

Die Einbringung der Prise „Harrowdale“ wurde bisher aus militärischen Gründen geheimgehalten. Diese sind, nachdem die Erklärung der britischen Admiralität vom 17. Januar 1917 erschienen ist, fortgefallen. Bemerkenswert ist, daß die englische Admiralität sich erst dann entschlossen hat, die bereits längere Zeit zurückliegenden Verluste dem englischen Publikum bekanntzugeben, als diese durch das Einlaufen der japanischen Prise „Subion Maru“ in einen brasilianischen Hafen aus dem neutralen Ausland bekanntgegeben werden war.

Depechen.

Abfindungsgeld für Kriegertwitwen.

W. L. B. Berlin, 19. Januar. (Amtlich.) Witwen, denen anlässlich des gegenwärtigen Krieges Kriegswitwengeld gewährt worden ist, können im Falle der Wiederverheiratung unter gewissen Voraussetzungen eine einmalige Abfindungsumme bis zur Höhe von fünf Sechsteln des dreifachen Betrages der Kriegsvorsorge erhalten. Anträge sind an die örtlichen Fürsorgestellen oder die Kreispolizei zu richten.

Die Schwarzen für die Zivillisation.

W. L. B. Paris, 18. Januar. Die Kammer hat einstimmig einen Antrag Diagne angenommen, worin gegen das deutsche Verlangen Einspruch erhoben wird, daß die farbigen Truppen von den Schlachtfeldern ausgeschlossen werden. Es geht um das Schicksal des Vaterlandes, der Zivillisation und der Freiheit der Welt. Diagne erklärt weiter, die Unterdrückung der Sklaverei rechtfertige den Protest der kolonialen Deputierten, den diese nicht für Frankreich, sondern für das Ausland abgegeben hätten, um zu behaupten, daß alle Kinder Frankreichs ohne Unterschied der Farbe sich erheben, um mit ihm das ganze menschliche Geschlecht zu retten. Diagne schloß sich namens der Regierung diesen Worten an.

Verseht.

W. L. B. London, 19. Januar. London meldet: Die britischen Dampfer „Manchester“, „Inventor“ (7879 B.-R.-T.) und „Fragou“ (3641 T.) sind verseht worden.

Der Verkauf Dänisch-Westindiens.

W. L. B. Kopenhagen, 18. Januar. (Königliches Bureau.) Der dänische Gesandte in Washington dröhelt, der Austausch der Ratifikationsurkunden zur Konvention vom 4. August 1916 betreffend die Abtretung der dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten habe am 17. Januar in Washington zwischen dem dänischen Gesandten und dem amerikanischen Staatssekretär stattgefunden.



Auf unsre Firma

müssen Sie achten, wenn Sie

Schuhwaren

gut und billig

kaufen wollen. Wir bieten Ihnen

hier etwas Vorzählbares.
Hauptgeschäft Magdeburg
17 Alter Markt 17
Kein Laden! 1 Treppe hoch!
direkt neben Schwandert.

Filiale Ludwigsburg
121c Halberstädter Straße 121c
Ecke Weinstraße. 3420



Die Kunst

sich bei diesen teuren Zeiten
fein und preiswert zu klei-
den, wird Ihnen nur ge-
boten, wenn Sie aus feinsten
Gütern stammende

wenig getragene
Maßgarderoben

kaufen. Großes Lager von
in eigener Werkstatt
tadellos wiederhergestellten
reintollenen

Fach-, Gehrod-, Ca-
tawan-, Grad- und
Smoking-Anzüge.
Niederlager von Galeros
und Mänteln für Herbst
und Winter. 3453

Verleihung
von Herren-Garderobe
für Saal- und Wochen zu
mäßigen Gebühren.

Friedrich Paul's
Spezial-Elagengeschäft
f. feine Herren-Bekleidung

56 Breiteweg 56
1 Treppe
gegenüber Parash.

Möbeltransporte

mittels geeigneter Schieb-
bühnenwagen aller Größen über-
aus billig! 5314

Ernst Funke, H.-Amdam,
Breite Straße 23. Tel. 4404

Haar

angefärbt, färbt
Ochsföter,
Breiteweg 110.

Meine Partiestunden
bringen große Vorteile!

Pelz-Boas
Pelz-Muffen

in vielen Pelzarten, zu
mässigen mit Pelz
5 Mark und höher.

Stüchlgarnituren
in großer Auswahl

Verkaufs-Elagengeschäft
Jakobstr. 17, L.

Führe meine

Zahn-Praxis

wieder selbst. 3425

Robert Volk
Selbstredner Str. 197, L.

Portemonnaie verlieren
am 15. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

Verloren: Einmal ein großer
Rosa-Portemonnaie an Jakobstr.
17. Bitte abzugeben bei Frau
Krause, Postkassier. 35. a.

Der Freund

wird die

Sagen

lassen Deinen Anzug oder
Pelz mit bei
Schneider
Magdeburg
Alte Ulrichstr. 3

denn dort wird Du gut
und billig bedient.

Besondere Empfehlung ver-
schafft Dir die Spezial-
abteilung

Gehrigene Maß-
Garderoben

Diese sind zum Teil aus
wenn gemacht und in
eigenen Werkstätten
hergestellt. 3453

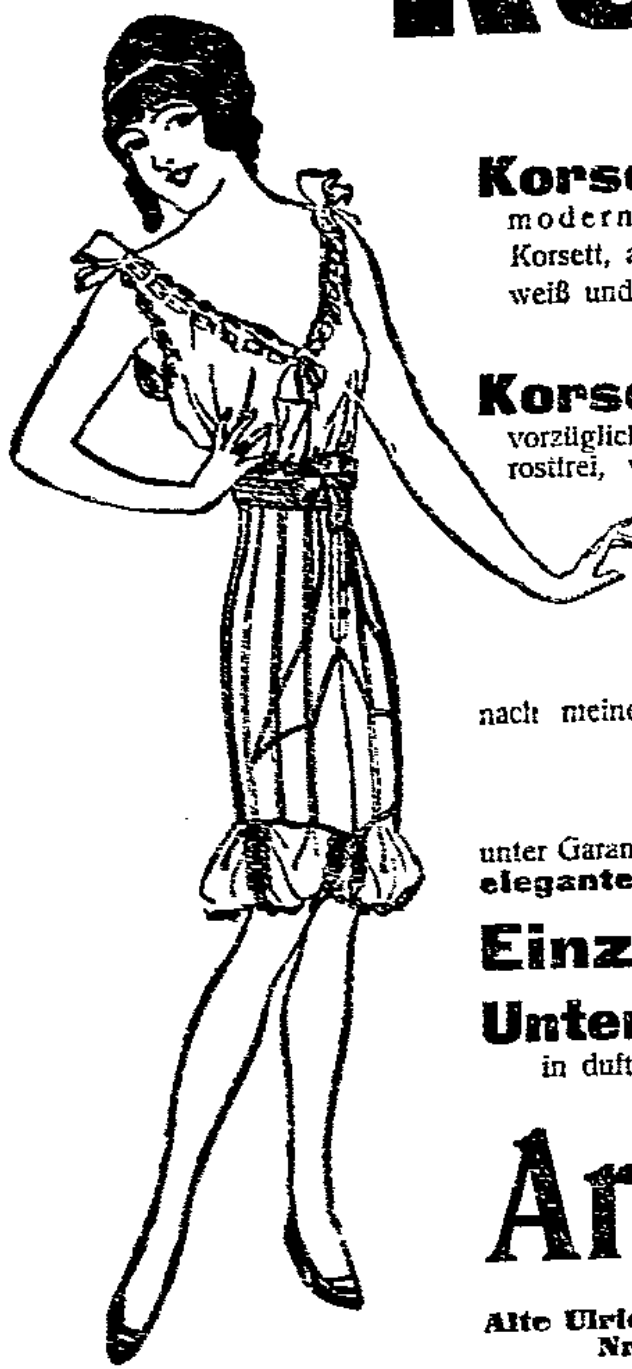
Also!

Magdeburg

Alte Ulrichstr. 3.

Korsetts

in allen Preislagen



Korsett Trix

modernes, sehr langes
Korsett, aus starkem Drell,
weiß und farbig

nur Mk. 8⁵⁰

Korsett Faustine

vorzügliche lange Form,
rostfrei, waschbar, ohne
Entfernen der
Stäbe, mit vier
Strumpfhaltn.

nur Mk. 12⁵⁰

Korsett Namur

hochmodern, sehr langes
Korsett, nach oben kurz,
aus gutem weißem und
farbigem Drell, mit vier
Strumpfhaltern nur Mk. 11⁵⁰

Korsett Olympia

vornehme, elegante Form, erzielt
die so viel bewunderte fließende
Linie, sehr lang, besonders
starken Damen empfohlen,
in allen Farben

nur Mk. 17 16 15⁵⁰

Korsetts nach Maß

nach meinem eigensten neuen Verfahren, in unverwüstlicher Halt-
barkeit, angefertigt in eignen Werkstätten

Maßkorsett-Ersatz

unter Garantie tadellosen Sitzes, in den
elegantesten Ausführungen 27.50 35.00 45.00

Einzelne Modelle aus den Schaufenstern zu
verschiedenen Preisen

Untertaillen :: Unterblusen
in duftiger Ausführung, Tüll, Spitze, Stickerei, sehr preiswert!

Arnold Obersky

Alte Ulrichstraße
Nr. 18
Magdeburg
neben Eisenhandlung
A. Behr.

Elektrische Lampen

Gas-Ringellichtlampen
in Preise von 7.50 bis 30.00

Otto Schultze, Johannsfahrtstrasse 12,
Röhe des Wilhelm-Theaters.

angest preiswert -
in hundert verschiedenen
Ausführungen von
1.50 bis 30.00 RM.
ständig vorhanden.



Trauer.

Hüte, Kleider, Blusen, Röcke,
Handschuhe, Schleier, Krepps,
Schürzen usw.

in allen Preislagen und größter Auswahl

Schnellste Anfertigung von Trauerkleidern

Lange & Münzer
Breiteweg 51, 51a, 52

Fette Hühner

zitta 2 bis 4 Pfund

Junge Hähnchen

Versandhaus E. Wieprecht
Zahnkloster 4
Friedrichstraße 367.

Kriegsfronten-Karte

von allen Kriegsplätzen

Preis 50 Pfennig

Buchhandlung Volksstimme.

Zigaretten

zu Fabrikpreisen
an Private 165

Bonitas Zigaretten-
Fabrik

in allen Preislagen verkaufen
wir während des Krieges

Abgabestelle
nur im Torweg

Große Hansstraße 18
Magdeburg.

Dankfagung.

Zunächst bei dem Herrn...
in allen Preislagen verkaufen
wir während des Krieges

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wilhelm Vincke nebst Angehörigen.

Statt besondrer Meldung.

Erich Krause

in München...
am 18. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Die Beschlüsse...
am 18. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

Deutscher Hobarbeiterverband

Sahlfeld Burg.

Rathsch.

Gustav Kolbwig

am 18. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

am 18. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

am 18. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

am 18. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

am 18. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

am 18. d. M. von Frau Marie
Krause mit ca. 25-30 RM.
z. H. gold. Kette verlor. Finder
mit hohe Belohnung. Abgabe
in Plaza, Postkassier. 35. a.

Hegelabfall und Stumpfen

von angefeuchtem...
arbeiten kauft zu höchsten Tagespreisen

E. Liebenow, Magdeburg, Sternstr. 29.

Albert Rittel

1. Infanterieregiment Nr. 10, im Alter von 29 Jahren.
Dies zeigt tiefbetäubt an im Namen der trauern-
den Hinterbliebenen

Magdeburg-Neue Stadt, 18. Januar 1917.

Julius Rittel als Vater.

Säthe Rittel und Erna Rittel als Schwestern
nebst Kindern.

Paul Jacade als Schwager.

Frau Anna Jacade als Schwester geb. Rittel
nebst Kindern.

Otto Ergleben als Enkel.

Frau Emilie Ergleben als Tante geb. Salomon.
Else Ergleben und Margarete Ergleben
als Cousinen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Von unserer Verwaltungskasse sind folgende Mit-
glieder im Kriege gefallen: 231

Karl Kleine
Selbstk. 29 Jahre alt, am 18. Oktober 1916.

Paul Bober
Schlosser, 26 Jahre alt, am 16. September 1916.

Robert Meyer
Schlosser, 35 Jahre alt, am 11. Dezember 1914.

Willi Albrecht
Arbeiter, 24 Jahre alt, am 17. Juli 1916.

Hermann Dieffing
Arbeiter, 35 Jahre alt, am 12. November 1916.

Ernst Hermede
Burger, 34 Jahre alt, am 23. November 1916.

Rudolf Gehrman
Arbeiter, 25 Jahre alt, am 10. Dezember 1916.

Otto Söpfer
Arbeiter, 21 Jahre alt, am 16. Juni 1916.

Robert Müller
Arbeiter, 42 Jahre alt, am 1. Januar 1917.

Die vorstehenden Opfer des furchtbaren Krieges
waren treue Mitglieder unseres Verbandes, um deren
körperlichen Bestand wir mit den Angehörigen trauern.

Gewissenhaftes Andenken und eine dankbare Er-
innerung an alle der Organisation geleisteten Dienste
werden wir ihnen dauernd bewahren.

Die Verwaltung.